

Deutschlands zukünftige Handelspolitik.

Zum Handel gehören zwei, zur Politik gehören zwei, ebenso zum Kriege wie auch zum Frieden. Unter dem Kriege der Gegenwart sind einige der wichtigsten bisherigen Handelsverträge zusammengebrochen, die mit Rußland und mit Belgien und Serbien, sowie auch der mit Japan. Erloschen ist auch der unläubare Meißbegünstigungsvertrag mit Frankreich, denn dieser bildete einen Bestandteil des Frankfurter Friedens, der durch den Krieg um sein Dasein gebracht ist. Mit England hatten wir keinen Handelsvertrag, sondern nur die jedesmal für eine ganz knappe Frist abgeschlossene Vereinbarung, uns als gegenseitig meißbegünstigt zu behandeln. Was nun aus der Handelspolitik werden soll, das steht als großes schwieriges Problem vor uns, auf dessen Lösung wir uns vorbereiten müssen, wiewohl es gewiß ist, daß sie erst kommen wird, wenn wieder ein Handel, eine Schifffahrt eröffnet werden kann.

Ginge es nach den kühnen Vorstellungen hakerstiller Franzosen und wahrscheinlich auch Engländer, so würde unserem Vaterlande derart der Fuß auf den Nacken gesetzt, daß es seine wirtschaftliche Weltstellung verlieren müßte. Unsere verbündeten Gegner würden uns keine Waren mehr ablaufen, sie würden unseren Schiffen den Zutritt zu ihren Häfen verbieten; auch den Suezkanal dürften sie nicht mehr befahren. Wir brauchen die Frage hier nicht zu erörtern, ob nicht die hieraus für die Engländer hervorgehenden Nachteile gerade bei ihnen einen gründlichen Umschwung hervorzurufen würden, weil ihr Land wie kein anderes auf Gütertausch und Verkehr angewiesen ist; wir brauchen es nicht, weil ein Friede, wie sie ihn erträumen, niemals abgeschlossen werden wird.

Auf eine feindseltige Handelspolitik von ihnen sind wir gefaßt, und wir werden ihr zu begegnen wissen. Frankreich ist bisher schon, trotz des Meißbegünstigungsvertrages, so gehässig gewesen wie nur möglich. Es hat auf solche deutsche Waren, die es allenfalls entbehren konnte, geradezu Kampfzölle gelegt. Es sind aber viele da, deren Fehlen ihm geradezu verderblich werden würde, z. B. Steinkohlen und Holz in Ostfrankreich, wovon es für 112 Millionen Mark einführen mußte. Im ganzen bezog es 1913 von uns für 790 Millionen Mark Güter; das tat es nur, weil seine eigenen Interessen ihm das geboten. Uns verkaufte es Waren für 584 Millionen Mark, und auch dies nicht aus Gnade und

künftige Politik darin bestehen muß, die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse teurer zu machen, oder nur die von andernfalls unrentablen Böden, das wird später zu entscheiden sein.

Deutschland wird nicht verkennen, daß seine eigene Bevölkerung auch fernerhin zunehmen wird, wenn nicht mehr um 900 000, so doch um 700 000 Seelen im Jahre; daß dafür eine stets wachsende Menge Brotgetreide beschafft werden, daß der Viehstapel so bald wie möglich wieder auf seine bisherige Höhe und darüber hinaus gebracht werden muß und daß wir dazu ungeheure Mengen von Futtergetreide gebrauchen. 1913 wurden davon 4½ Millionen Tonnen eingeführt (wohlgemerkt ohne die 2½ Millionen Tonnen Weizen). Es ist die Landwirtschaft selber, die Viehzucht, die eine solche Einfuhr, in wachsenden Mengen, gebraucht, wie sie doch von der Urbarmachung von Oedland und der höheren Bearbeitung alten Kulturlandes vernünftigerweise gar nicht zu erwarten ist. Und endlich: wer könnte diese Frage besprechen, ohne unserer Ausfuhr von 11 Millionen Mark und der vielen Millionen für sie tätigen Industriearbeiter zu gedenken!